

Fremde Federn: Guntram Schneider

Gebt ihnen Papiere!

FAZ, 25.03.2015

Deutschland ist in der paradoxen Situation, auf Zuwanderung angewiesen zu sein, aber gleichzeitig mit den bereits hier lebenden Einwanderinnen und Einwanderern unterschiedlich gut umzugehen. Asylbewerber und Geduldete können demnächst nach drei Monaten arbeiten – endlich. Jahrzehntlang war ihnen das untersagt. Unlogisch ist nur, dass den gleichen Menschen verwehrt wird, was nach allgemeiner Auffassung die wesentliche Voraussetzung für die Aufnahme einer Beschäftigung und die Integration in die Gesellschaft ist, nämlich die Teilnahme an den staatlich finanzierten Sprach- und Integrationskursen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Bei den Betroffenen kommt das so an: Schwimmen ist erlaubt, aber am Schwimmkurs teilnehmen dürfen sie nicht.

Dieser Widerspruch entspringt einem alten Grundsatz, nämlich dem, Flüchtlinge- und Integrationspolitik strikt zu trennen. Aber ist das weiterhin so möglich? Ist es sinnvoll, legitim und wirtschaftlich, Integrationsmaßnahmen strikt nach Aufenthaltskategorien zu gewähren? Müssen wir nicht durchlässiger sein, damit Menschen, die die Kraft und

das Talent haben, sich im Fachkräftemangel-Land Deutschland einbringen können? Kann man sicher sagen, dass ein Flüchtling aus Mali, der sich auf einem überfüllten Boot über das Mittelmeer auf den Weg nach Europa gemacht hat, tatsächlich kein politischer, sondern ein Wirtschaftsflüchtling ist, dem Integrationsmaßnahmen verwehrt bleiben müssen?

Die Politik der organisierten wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierung von Teilen der Zugewanderten ist jedenfalls kein Erfolgsmodell und hat im Zweifelsfall doch meist nur dazu geführt, dass viele tausend oft junge und hochmotivierte Menschen, die ja aus humanitären Gründen meist doch nicht abgeschoben werden konnten, über Jahre in einer verordneten Passivität verharren mussten, die dann fatalerweise das Vorurteil in der Bevölkerung nährte, hier lebten Menschen willentlich auf Kosten des Steuerzahlers.

Es ist gut, wenn wir diesen Fehler der Vergangenheit korrigieren. Aber wenn diese Menschen jetzt hier arbeiten sollen, müssen sie auch einen Anspruch darauf haben, an den staatlich finanzierten Sprach- und Integrationskursen teilzu-

nehmen. Wie sonst sollen sie sich auf dem Arbeitsmarkt behaupten? Zudem muss den jungen Flüchtlingen die Möglichkeit einer Ausbildung eröffnet werden. Wenn sie nur mit einer kurzen Duldung ausgestattet sind, wird kein Unternehmen das Wagnis Ausbildung mit ihnen eingehen, denn eine Abschiebung droht ständig wie ein Damoklesschwert über dem Ausbildungsverhältnis. Deshalb müssen die Jugendlichen eine Aufenthalt- und Arbeitserlaubnis erhalten, die mindestens die Ausbildungszeit umfasst. Ohne diesen Schritt drohen die jungen Menschen ins soziale Abseits zu rutschen, wie viele vor ihnen.

Niemandem gedient ist auch mit der bisherigen Politik gegenüber Menschen, die seit Jahren, manchmal seit Jahrzehnten unerkannt ohne Papiere unter uns wohnen. Man kann die Augen davor verschließen, dass sie da sind; man kann aber auch hinschauen und handeln: Mindestens 500 000 Papierlose, sogenannte Illegale, sollen laut Schätzung von Flüchtlingsorganisationen in Deutschland leben – in ständiger Angst, aufgegriffen und abgeschoben zu werden, oft schwarz beschäftigt, zu miserablen Arbeitsbedingungen, ohne Krankenversicherung und in schlechten Wohnverhält-

nissen. Ich plädiere dafür, in diesen Fällen auch in Deutschland einen neuen Weg zu gehen. Es ist an der Zeit, den französischen Weg zu beschreiten und diesen Menschen durch eine Stichtagsregelung endlich eine Möglichkeit zur Legalisierung zu geben.

Auf die aktuelle Einwanderungsdebatte übertragen, lautet mein Plädoyer: Einwanderung darf sich nicht auf ein Punktesystem mit Nützlichkeitsfaktor beschränken. Insbesondere benachteiligte Menschen dürfen nicht den Eindruck haben, durch Einwanderung negative Folgen fürchten zu müssen. Was wir jetzt brauchen, ist ein Dialog über unsere Einwanderungsgesellschaft, wie sie ist und wie wir sie uns wünschen – ein gesellschaftlicher Dialog, der uns hinführt zu einem modernen Einwanderungsgesetz mit menschlichem Anflitz. Einem Einwanderungsgesetz, das den wirtschaftlichen Interessen der Bundesrepublik Deutschland, dem sozialen Frieden im Land und der Würde der bereits hier lebenden und der noch zu erwartenden Einwanderinnen und Einwanderer gleichermaßen Rechnung trägt.

Der Autor ist Minister für Arbeit, Integration und Soziales in Nordrhein-Westfalen und gehört der SPD an.